

Region

Kritik von allen Seiten: Die Feuerwehrreform im Baselbiet ist verschoben

Gemeinden rebellierten Das ehrgeizige Projekt wird überprüft. Wie geht es weiter?

So richtig überrascht hat der Regierungsrat niemanden, als er Mitte Mai den Entscheid fällte, das Reformprojekt «Weiterentwicklung des Feuerwehrwesens im Kanton Basel-Landschaft» vorerst auf Sparflamme weiterkochen zu lassen. So hatte es der Regierungsrat zwar nicht ausgedrückt, aber Begriffe wie «Schritt zurück» und «Überprüfung», bevor die Regierung dann Ende 2023 oder Anfang 2024 über das weitere Vorgehen entscheiden will, können realistischweise nichts anderes bedeuten.

Möglicherweise war das von einem runden Tisch unter der Führung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) erarbeitete Reformprojekt doch etwas zu ehrgeizig und auch zu zentralistisch.

Die Feuerwehrleute reagierten skeptisch

Zwei Jahre ist es her, seit die Regierung den Vorschlag veröffentlichte, der in der Folge gehörig Staub aufwirbelte. Anstelle der 22 Feuerwehrverbände und 20 Ortsfeuerwehren sollte es künftig nur noch drei grosse Regionalfeuerwehren unter zentraler Führung geben. Die Trägerschaft der Feuerwehr würde von den Einwohnergemeinden ganz zum Kanton wechseln. Wobei die Führungsaufgaben an die BGV delegiert würden. Angestrebt

wurde damit eine Teilprofessionalisierung unter gleichzeitiger Beibehaltung des Milizsystems. Unter den bestehenden Bedingungen sei nämlich die Einsatzfähigkeit der Feuerwehrleute tagsüber aufgrund der berufsbedingten Abwesenheit nicht mehr in jedem Fall ausreichend gewährleistet, erklärte damals Feuerwehrinspektor Werner Stampfli, der für die Vorschläge in hohem Masse mitverantwortlich war. Und auch wenn das Projekt nicht als Sparübung gedacht war, wollte man damit gleichwohl etwa 30 Prozent der heutigen Kosten einsparen.

Die Sache kam aber nicht gut an. Die Feuerwehrleute reagierten, gelinde gesagt, skeptisch. Einzelne Gemeindeverantwortliche wollten wenig bis nichts vom Vorschlag wissen. Der Arboldswiler Gemeindepräsident Johannes Sutter etwa unterstellte der Gebäudeversicherung gar, ihre Macht ausdehnen zu wollen. An diesen Reaktionen kam auch die Regierung nicht vorbei. «Aufgrund von verschiedenen Vorbehalten aus Gemeinden und Feuerwehren soll jetzt neu und im Sinne eines Schritts zurück ein Projekt zur Validierung und zur Vertiefung der Ausgangslage, der Ergebnisse des runden Tisches und der daraus abgeleiteten Empfehlungen und Massnahmen in Angriff genommen werden», schreibt der Regierungsrat in seiner Mitteilung.

Verantwortliche taten so, als ob da nichts wäre

Euphorie tönt anders. Jedenfalls dürfte das Reformprojekt auf absehbare Zeit hinaus kaum mehr prioritär behandelt werden. Diejenigen Feuerwehrverantwortlichen in den Gemeinden und Verbänden dürften jedenfalls richtiggelegen haben, die in den vergangenen zwei Jahren ihre Ausrüstung und Strukturen gleichwohl erneuert und quasi so getan haben, als ob da nichts wäre. Und dies ist offenbar in den meisten Fällen geschehen, wie der Gelterkinder Feuerwehrkommandant Reto Kunz bestätigt. So richtig ernst scheint man das Projekt nicht genommen zu haben.

Auch dass nun 60 Freiwillige am Projekt «Validierung» der Vorschläge mitwirken - der Startschuss erfolgte am 12. Mai - , deutet nicht eben auf Beschleunigung hin. Aber daran hat im Hinblick auf das bevorstehende

Wahljahr 2023 auch kaum jemand ein Interesse. Der Sissacher Gemeinderat Robert Bösiger, der auch das Feuerwehrressort betreut, nennt denn auch den Begriff «Warteschlaufe» im Zusammenhang mit der Baselbieter Feuerwehrreform.

Feuerwehrinspektor Werner Stampfli bleibt indessen optimistisch. «Der Schritt zurück ist bewusst und ohne Hintergedanken gewählt worden», sagte er jüngst gegenüber der «Volksstimme». Es gehe jetzt darum, allen rund 60 Interessierten aus Gemeinden und Feuerwehren die Gelegenheit zu geben, die Ausgangslage, die Lösungsansätze und die Umsetzungsideen des runden Tisches zu bestätigen «oder aber andere Ansichten und vor allem konkrete Lösungen einzubringen», sagte der Feuerwehrinspektor.

Weniger ambitioniert, aber erfolgversprechender

Die Sache erinnert etwas an das vor ein paar Jahren gescheiterte Gemeinderegionengesetz, als Regierungsrat Anton Lauber plante, die 86 Baselbieter Gemeinden in sechs Regionalkonferenzen einzuteilen, um gewisse Probleme statt auf Gemeinde- auf regionaler Ebene zu lösen. Das Projekt scheiterte.

Davon übrig geblieben sind indessen die sogenannten Vags-Projekte (Verfassungsauftrag Gemeindestärkung), in denen die Gemeinden projektbezogen, etwa bei der Raumplanung oder den Pflegenormkosten, gemeindeübergreifend zusammenarbeiten. Ein Weg, der weit weniger ehrgeizig ist als die einst angestrebte Regionalisierung, aber möglicherweise erfolgversprechender. Und vielleicht eignet er sich ja auch für die Feuerwehr.

Thomas Gubler